Der Landrat

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 24. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Mittwoch, dem 11.06.2025

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

5. Änderung der Gebührensatzungen für Kindertageseinrichtungen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 05.05.2025 - DS-Nr.: 6411 -
- Stellungnahme zum Antrag der SPD-Fraktion vom 05.05.2025 - DS-Nr.: 6411/1 -

Die SPD-Fraktion erläuterte ihren Antrag. Sie möchte vermeiden, dass Eltern ein weiteres Jahr zusätzlich so hoch belastet werden. Vielmehr wolle sie die Eltern entlasten. Bei einer Steigerungsrate von 1,5 % befände man sich in guter Gesellschaft mit Bielefeld und Warendorf.

Die CDU-Fraktion betont, dass damit zwar die Eltern entlastet, die Kommunen jedoch belastet würden. Zudem müssten Eltern, die ein Einkommen unterhalb von 30.000 € hätten, keinen Elternbeitrag zahlen. Auch müsse man die zwei beitragsfreien Jahre sowie die Geschwisterregelung bedenken. Wenn man die gesamte Kindergartenzeit betrachte, wäre der Elternbeitrag durchaus vertretbar. Man müsse die Sichtweise ändern. Es sei nicht so, dass Eltern arbeiten gehen müssen, um die Kita zu bezahlen. Vielmehr sind die Kinder betreut und dadurch könnten die Eltern arbeiten gehen und Einkommen erwirtschaften.

Die GRÜNE-Fraktion fragte sich, inwieweit sich die Erhöhung der Elternbeiträge auf das Buchungsverhalten der Kitaplätze auswirke. Die Verwaltung antwortete darauf, dass sie ein verändertes Verhalten bei der Buchung weder verneinen noch bejahen könne. Sie gehe jedoch davon aus, dass die mangelnde Verlässlichkeit in der Kinderbetreuung schwerer wiege als die Höhe des Elternbeitrages. Die GRÜNE-Fraktion machte den Vorschlag, dass die Indexsteigerung von 9,5% ab dem 01.08.2025 beibehalten werde und das Thema nächstes Jahr erneut beraten werden sollte.

Mitglied Boden verwies auf Untersuchungen, aus denen hervorgeht, dass Eltern bereit wären mehr zu zahlen, wenn dadurch die Qualität und der Personalschlüssel im U3-Bereich steigen würden. Die Verlässlichkeit der Kinderbetreuung sei das A und O sowohl für Eltern als auch für deren Arbeitgeber.

Die CDU-Fraktion erkundigte sich, wie hoch die Indexsteigerung im nächsten Jahr sein werde. Die Verwaltung teilte mit, dass die Indexsteigerung erst Ende des Jahres bekannt gegeben werde. Man gehe ab dem 01.08.2026 nicht wieder von so einer hohen Steigerungsrate aus. Zudem erinnerte sie daran, dass auch die SPD-Fraktion bei der Vorlage zur prozentualen Steigerung der Elternbeiträge, die sich an der Indexsteigerung orientierte, zugestimmt habe. Man halte eine Steigerung von 1,5% für zu gering. Vielmehr sei die Orientierung anhand der Indexsteigerung richtig.

Die SPD-Fraktion wandte ein, dass eine Verschiebung nichts bringe. Man wolle die Eltern jetzt entlasten. Bei dem Beschluss der Elternbeitragssatzung sei man nicht von zwei aufeinanderfolgenden hohen Steigerungsraten ausgegangen.

Die Vorsitzende wies auf den ungedeckten Finanzbedarf im Kreishaushalt hin, der sich auf die Jugendhilfeumlage auswirke. Sie werde die Steigerung noch einmal so hinnehmen und möchte das Thema erneut in den Blick nehmen, wenn die Steigerungsrate im nächsten Jahr wieder so deutlich ausfalle.

Sodann ließ die Vorsitzende über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Ergebnis: Abgelehnt (3 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 6 Stimmenthaltungen)